

Berlin, den 2. Juni 1986

I n f o r m a t i o n

über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt am 30. Mai 1986

Zur Situation in Westberlin schätzte Genosse Horst Schmitt ein, daß in den letzten Wochen vor allem die Korruptionsaffären und Bauskandale, die Kontroversen zwischen den Senatsparteien und Politikern zu erheblicher Bewegung im politischen Leben Westberlins geführt haben. Während die AL einen Volksentscheid forderte zur Ablösung des CDU/FDP-geführten Senats, konzentrierte sich die SEW auf die Entlarvung der systemimmanenten Hintergründe dieser Vorgänge. Die offensive ideologische Arbeit der Kommunisten stärkt den Masseneinfluß der progressiven Kräfte der Stadt, und die Stellung zu dem tragischen Unglück in Tschernobyl war eine Nagelprobe für die Stabilität der Friedensbewegung. Die vom Gegner in diesem Zusammenhang entfachte Hysterie erzielte jedoch nicht die von ihm erwünschte Wirkung. Es ist dem Gegner nicht gelungen, aus der Havarie eine antisowjetische Kampagne zu entwickeln, sondern die Erkenntnis, daß die Beherrschung der Kernenergie ein weltweites Problem ist, hat zugenommen, ebenso wie die Bereitschaft vieler Westberliner, über die Notwendigkeit von Atomteststopp und Verhinderung eines nuklearen Krieges zu diskutieren.

Die politischen Kundgebungen und Demonstrationen am 1. Mai waren sowohl quantitativ durch die bisher höchste zahlenmäßige Beteiligung als auch qualitativ durch die Aussagen in den Reden und Losungen am stärksten. Im Mittelpunkt stand die Notwendigkeit der Verhinderung der Weltraummilitarisierung, die Proteste gegen die SDI-Beteiligung der BRD-Regierung und die Wechselbeziehungen zwischen Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik und deren soziale Auswirkungen.

Am 8. Mai sprach auf einer eindrucksvollen Kundgebung vor der Gedächtniskirche, am Bahnhof Zoo, vor etwa 15 000 Teilnehmern der Oberbürgermeister der Stadt Wolgograd. Nachdem die AL die Anmeldung dieser Veranstaltung mit dem Hinweis auf „die Folgen des Unglücks von Tschernobyl“ beim Senat zurückgezogen hatte, übernahm die SPD dafür die Verantwortung. Auch auf dieser politischen Kundgebung gab es außer auf zwei Transparenten keine provokativen Akte.

An der „Woche der UdSSR“ vom 8. bis 15. Mai, die in diesem Jahr der Armenischen SSR gewidmet war, haben in 52 Veranstaltungen, die von der SEW gut vorbereitet und abgesichert wurden, ca. 30 000 Westberliner teilgenommen, auf denen sowjetische Künstler, Wissenschaftler und Kulturschaffende auftraten. Die Eröffnungsveranstaltung der „Woche der UdSSR“ fand erstmalig im großen Saal der Hochschule der Künste statt. Unter den mehr als 1 300 Teilnehmern befanden sich etwa 300 Mitglieder der „Armenischen Kolonie“ Westberlins. E. Diepgen empfing die Leitung der sowjetischen Delegation und den Oberbürgermeister von Wolgograd zu einem einstündigen Gespräch, indem er weder feindlich noch aggressiv, sondern diplomatisch und nach Verständigung suchend gegenüber den Gästen auftrat. Die Abordnung distanzierte sich in dieser Begegnung prinzipiell von der in den Westberliner Medien betriebenen Hetze gegen die Sowjetunion im Zusammenhang mit der Havarie von Tschernobyl. Im Verlauf des Gesprächs erklärte Diepgen, daß der Senat an Partnerschaften mit Städten in der UdSSR interessiert sei.

Sowohl die Veranstaltungen zum 1. und 8. Mai als auch die „Woche der UdSSR“ waren in dieser Situation eine echte Bewährungsprobe für die SEW. Sie widerspiegeln einerseits, daß es dem Gegner kaum gelungen ist, mit dem Antikommunismus in die progressiven Kräfte einzudringen, jedoch andererseits in welchem starkem Maße Angst und Unsicherheit bis in die Partei hinein verbreitet wurden. Der Parteivorstand der SEW hat in vier Kreisen überregionale Diskussionsforen mit Wissenschaftlern organisiert, auf denen bei starker Beteiligung rege Auseinandersetzungen geführt wurden. Der Versuch, auf einer dieser Veranstaltungen eine Resolution für den Ausstieg aus der Kernenergie durchzusetzen, wurde vereitelt. Viele Bürger wollten Verhaltensregeln angesichts der senatsoffiziellen, von den Medien hochgepeitschten Hysterie. Die Zeitung „Die Wahrheit“ erhielt in diesen Tagen viele Leserzuschriften, die ebenfalls in diesen Veranstaltungen beantwortet wurden.

Am 23. Mai hat das Sekretariat des Parteivorstandes nach umfassender Diskussion in den Grundorganisationen der Partei und auf öffentlichen Foren eine Erklärung zu politischen Schlußfolgerungen aus dem Unglück von Tschernobyl abgegeben, die am 28. 5. in „Die Wahrheit“ veröffentlicht wurde. Diese Stellungnahme wird derzeit in der Partei breit diskutiert. Die prinzipielle Linie der SEW bleibt Kampf gegen Atombomben und Raketen, gegen SDI-Beteiligung, und es ist vorgesehen, in Kürze eine Beratung mit den Funktionären der SEW durchzuführen, die in der Westberliner Friedenskoordination und den örtlichen Friedensinitiativen aktiv tätig sind. Mit Mitgliedern und Funktionären der AL finden derzeit Klärungsgespräche statt, um sie von ihrem Vorhaben abzubringen, in Westberlin eine breite Antikernkraftwerksbewegung zu entwickeln, die sich auch gegen die KKW in der DDR richten soll. Die SEW bleibt bei ihrer klaren Linie, daß es keinen Ausstieg aus der Kernenergie geben kann, dennoch haben sich die Genossen in der Friedensinitiative in Kreuzberg eine Erklärung abringen lassen, die auf Zustimmung zum Ausstieg aus der Atomenergie hinausläuft.

An der Marxistischen Abendschule (MASCH) hat Genosse Boris Bakurin, Dozent an der Lomonossow-Universität, vor 160 Teilnehmern zur Auswertung des XXVII. Parteitages der KPdSU referiert. In der lebhaften Diskussion spielten die Ereignisse von Tschernobyl fast keine Rolle. Für Sonntag, den 1. Juni, war eine Sitzung der Westberliner Friedenskoordination vorgesehen. Die AL beabsichtigt, eine breite Diskussion in der Westberliner Friedensbewegung zum Problem der Kernenergie vorzuschlagen.

Die Stimmung in der Bevölkerung schätzt Genosse Horst Schmitt so ein, daß übertriebene Panik und Angst abgenommen hätten. Selbst die Führung der AL war erstaunt, wie relativ schnell die Emotionen in dieser Frage zurückgedrängt wurden. An einer von der AL organisierten Demonstration zu Tschernobyl haben sich nur etwa 1 200 Westberliner beteiligt.

Zu den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Westberlin herrscht große Verunsicherung bei den politischen Kräften. Die ernstesten Differenzen im Abgeordnetenhaus zwischen den etablierten Parteien widerspiegeln sich auch in der Tatsache, daß die FDP stärker ihr eigenes Profil zeigen will, und in den Bezirken ist in punktuellen Fragen ein Zusammengehen von FDP und SPD zu verzeichnen. In der CDU seien zwei Fraktionen deutlich erkennbar. Einerseits die stockreaktionären konservativen antikommunistischen und antisowjetischen Kräfte um Lummer, Lewandowski [=Landowsky], Laurien u. a., die sogenannte Beton-Fraktion, die Lummer in den Landesvorstand der CDU gebracht haben und die ihn auch in den Bundestag nach Bonn delegieren wollen. Dem anderen Flügel gehören realistischere Kräfte an, die auf der Linie von Biedenkopf und Späth operieren. Genosse Horst Schmitt ordnet in seiner Einschätzung E. Diepgen maßgeblich der erstgenannten Fraktion zu.

Die Beziehungen zwischen der SEW und der SPD stabilisieren sich. In verschiedenen Kreisen treffen sich mehr oder minder regelmäßig die Kreisvorsitzenden beider Parteien, und die Einflußnahme der Genossen der SEW auf Fraktionen der SPD in Stadtbezirksverordnetenversammlungen nimmt zu. Beim Bürgerbegehren gegen die Krankenhausschließungen hat die SEW wesentlich mehr Unterschriften gesammelt als die SPD. Das hat zur Folge, daß von seiten der SPD in drei Kreisen Gespräche gewünscht werden, um, wie die Sozialdemokraten selbst sagen, von der SEW zu erlernen, wie man erfolgreich eine solche umfangreiche massenpolitische Aktivität vorbereitet und durchführt. Die sich positiv entwickelnden Beziehungen zwischen der SED und der SPD zeigen eindeutig ihre Wirkungen in der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Westberlin.

Insgesamt gesehen sei man in den verschiedenen politischen Kräften und Gruppierungen, vor allem auch in der Sozialdemokratie, nachdenklicher geworden angesichts der komplizierten Weltlage, der zunehmenden Differenzen zwischen den USA und Westeuropa und den wachsenden Widersprüchen, wie sie z. B. auf der jüngsten NATO-Ratstagung deutlich wurden. Für viele stimme das alte Weltbild nicht mehr. Die Welt sei nicht mehr so heil, wie sie einmal war. Die Bereitschaft, mit den Kommunisten, mit der SEW zu reden, nehme zu, und Genosse Horst Schmitt wertet das als eine große Chance für die politisch-ideologische Breitenarbeit der Partei und zur Verstärkung des Masseneinflusses der SEW.

Genosse Horst Schmitt informierte über aktuelle Aktivitäten und Vorhaben der SEW für die nächste Zeit:

- Am 13. Mai nahm das Büro des Parteivorstandes den Bericht des Genossen Horst Schmitt über die Teilnahme der Delegation der SEW am XI. Parteitag der SED mit großer Zustimmung zur Kenntnis.
- Am 27. Juni wird eine Funktionärkonferenz mit allen in diesem Jahr neugewählten Kreisvorständen und den Mitgliedern des Parteivorstandes der SEW stattfinden, auf der Genosse Horst Schmitt zur einheitlichen Orientierung der Partei und der erhöhten Verantwortung der Leitungen referieren wird.
- Für den 12. Oktober hat der Parteivorstand der SEW eine Arbeiterkonferenz unter der Losung „Frieden-Arbeit-Mitbestimmung“ einberufen. Hauptanliegen der Konferenz ist die Verstärkung des aktionseinheitlichen Handelns von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in den Betrieben. In Vorbereitung der Konferenz beabsichtigt der Parteivorstand, Thesen herauszugeben.
- Für den 6. und 7. Dezember 1986 ist eine Technologiekonferenz der SEW geplant. Mit dieser Konferenz will die SEW in weltanschauliche, ideologische und politische Auseinandersetzungen zu Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution eingreifen.

+++

Genosse Gunter Rettner informierte Genossen Horst Schmitt ausführlich über die außen- und innenpolitischen Aufgaben in Auswertung des XI. Parteitages der SED, zur gegenwärtigen internationalen Situation, zur Fortsetzung unserer Dialog-Politik und über die Position der DDR zur Kernenergie.

Während des Gesprächs unterbreitete Genosse Gunter Rettner folgende Überlegungen und Vorschläge:

- Zu den geplanten Konferenzen der SEW im Oktober und Dezember werden Hilfe und Unterstützung durch Konsultationen und Materialbereitstellung gegeben.
- Es wird geprüft, ob eine interne Begegnung des Genossen Hermann Axen mit den Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes der SEW, verbunden mit einem Vortrag zur Gesellschaftsstrategie des XI. Parteitages der SED, möglich ist.
- In Vorbereitung des VIII. Parteitages der SEW sollte in der ersten Oktoberwoche eine Problemdiskussion mit dem Parteivorsitzenden und seinen Stellvertretern durchgeführt werden. Genosse Horst Schmitt unterbreitete im Zusammenhang damit als eine erste Überlegung, auf diesem Parteitag eine Art Aktionsprogramm - Sofortforderungen für Frieden und Arbeit - zu verabschieden, das zugleich die politische Linie der SED zu den Westberliner Wahlen (1989) sein sollte.
- Mit verantwortlichen Genossen des Parteivorstandes wird der Meinungsaustausch zur Bündnispolitik und zur Entwicklung der Friedensbewegung in der 2. Hälfte Juli und zu Fragen der Jugendpolitik der Partei im 4. Quartal fortgesetzt.
- Im September wird ein Seminar mit allen Redakteuren der Zeitung „Die Wahrheit“ zu Fragen der Propagierung des realen Sozialismus nach dem XI. Parteitag der SED stattfinden.